

# Mitgliederrundbrief

## Nr. 2

Februar 1988

Aktives Museum  
Faschismus  
und Widerstand  
in Berlin e.V.



Liebe Mitglieder, Freundinnen und Freunde,

In diesem zweiten Mitgliederrundbrief informiert ein hoher Anteil unter den Texten über den aktuellen Diskussionsstand in verschiedenen Bereichen. Besonders die Planung zum S - Bahnhof - Grunewald beschäftigt uns im Moment sehr. Wir hoffen, daß die Beiträge Eure Stellungnahme provozieren.

Die Geschäftsstelle bemühte sich in den letzten Wochen intensiv um Material für die geplante Ton - Dia - Schau zum Gestapo-Gelände. Sie orderte Anzeigen im Tagesspiegel, dem Volksblatt und der Berliner Morgenpost. Daraufhin meldete sich die Redaktion "Wendepunkt" des SFB-Rundfunks und lud Monika Rummel und Klaus Döring zu einem Gespräch ein. Am 20.1. hatten sie die Gelegenheit, ihren Aufruf zur Materialspende persönlich in der Sendung vorzutragen. Leider blieb die erhoffte Reaktion aus - bisher.

In den letzten Wochen erlebte die Diskussion um Neonazis an Schulen eine spürbare Belebung. Neonazistische Schmierereien oder von Neonazis provozierte Gewalttätigkeiten nehmen zu. Das Ausmaß der Verbreitung ist nur schwer zu übersehen. In dieser Situation schlagen wir die Installation eines ständigen Telefons in der Geschäftsstelle vor. Dort könnten Vorfälle gemeldet und Gegenmaßnahmen koordiniert werden. Dieses Telefon muß natürlich auch außerhalb der Bürostunden funktionieren. Wir brauchen also einen Telefonanrufbeantworter und dazu brauchen wir - wie könnte es anders sein - Spenden!

Die auf der letzten Mitgliederversammlung gegründete AG Gestapo-Gelände hat sich mittlerweile viermal getroffen wird auf der nächsten MV ihre Vorschläge unterbreiten.

Zuletzt noch ein Wort zur leidigen Finanzsituation. Wir benötigen Sachspenden jeder Art für den laufenden Bürobetrieb. Besonderer Mangel besteht zur Zeit an Leitz-Ordern und Ablagen. Vielleicht bleiben bei Euch nach dem nächsten Frühjahrsputz einige leer zurück, die an uns abgegeben werden können.

Mit herzlichen Grüßen  
bis zur nächsten Mitgliederversammlung

Der Vorstand

Arbeitsgemeinschaft  
verfolgter  
Sozialdemokraten  
Aktion Sühnezeichen  
Friedensdienste  
Allgemeine  
Homosexuelle Aktion  
Berliner Kulturrat  
Berliner  
Geschichtswerkstatt  
Berufsverband Bildender  
Künstler  
Demokratischer  
Frauenbund  
Deutscher Freidenker  
Verband  
Elefanten Press Galerie  
Evangelische Akademie  
Evangelische Jugend  
Berlin  
Freunde der  
Deutschen Kinemathek  
Gesellschaft für  
Deutsch-Sowjetische  
Freundschaft  
Magnus-Hirschfeld-  
Gesellschaft  
Niederländisch-  
Ökumenische Gemeinde  
Neue Gesellschaft  
für bildende Kunst  
Neuköllner Kulturverein  
VVN - Verband  
der Antifaschisten  
Werkbund Archiv

Geschäftsstelle:  
Köthener Straße 44,  
1000 Berlin 61,  
Telefon (030) 261 76 61  
Konten:  
Postgiroamt  
Berlin (West),  
Konto-Nr. 4610 18108  
(Reiner Gutte,  
Sonderkonto Museum)  
BLZ 100 10010  
Berliner Bank,  
Konto-Nr. 58170 156 800  
(Angeilika Becker,  
Aktives Museum)  
BLZ 100 200 00

Grußadresse zum 40. Jahrestag der Gründung  
der VVN-Westberlin

Liebe Freundinnen und Freunde,  
Liebe Kameradinnen und Kameraden!

Zum 40. Jahrestag der Gründung eurer Organisation  
überbringe ich euch im Namen des "Aktiven Museum  
Faschismus und Widerstand in Berlin e.V." die  
herzlichsten Grüße.

Unsere Organisation, die 1983 aus der fruchtbaren  
Zusammenarbeit vieler Initiativen und Verbände an-  
läßlich des 50. Jahrestages der Machtübernahme des  
NS-Staates hervorgegangen ist, fand in den Kameradinnen  
und Kameraden der VVN von Anbeginn an eine aktive  
Unterstützung. An zahlreichen Aktionen und Veranstaltungen  
des Aktiven Museums hat eure Organisation mitgewirkt.  
Danken möchten wir hier insbesondere Wolfgang Szepansky,  
der im ersten Gründungsvorstand des Aktiven Museums  
unermüdlich mitarbeitete.

Die Forderungen nach Errichtung eines "Aktiven Museum",  
die wir damals in unserer ersten Broschüre gemeinsam  
formulierten, sind auch heute noch nicht erfüllt.  
Die guten Erfahrungen der Zusammenarbeit mit allen  
Verfolgtenorganisationen, wie wir sie in unserem Verein  
praktizieren, ermutigen uns jedoch, dieses Ziel zu  
erreichen: die Schaffung eines würdigen Ortes des  
Gedenkens wie der aktiven Auseinandersetzung mit  
der Geschichte der Jahre 1933-1945 an dem Ort, von dem  
damals Terror, Verfolgung und Vernichtung geplant  
und geleitet wurden.

Wir wünschen euch und uns weiterhin Kraft, Mut, Ausdauer  
und Erfolg in diesem gemeinsamen Kampf!

Für den Vorstand des Aktiven Museums

i. V.

*Christine Fischer-Defoy*  
Christine Fischer-Defoy

**Aktives Museum  
Faschismus  
und Widerstand  
in Berlin e.V.**



Arbeitsgemeinschaft  
verfolgter  
Sozialdemokraten  
Aktion Sühnezeichen  
Friedensdienste  
Allgemeine  
Homosexuelle Aktion  
Berliner Kulturrat  
Berliner  
Geschichtswerkstatt  
Berufsverband Bildender  
Künstler  
Demokratischer  
Frauenbund  
Deutscher Freidenker  
Verband  
Elefanten Press Galerie  
Evangelische Akademie  
Evangelische Jugend  
Berlin  
Freunde der  
Deutschen Kinemathek  
Gesellschaft für  
Deutsch-Sowjetische  
Freundschaft  
Magnus-Hirschfeld-  
Gesellschaft  
Ökumenische Gemeinde  
Neue Gesellschaft  
für bildende Kunst  
Neuköllner Kulturverein  
VVN — Verband  
der Antifaschisten  
Werkbund Archiv

Geschäftsstelle:  
Köthener Straße 44,  
1000 Berlin 61,  
Telefon (030) 261 76 61  
Konten:  
Postgiroamt  
Berlin (West),  
Konto-Nr. 461018108  
(Reiner Gutte,  
Sonderkonto Museum)  
BLZ 100 10010  
Berliner Bank,  
Konto-Nr. 58170 156 800  
(Angelika Becker,  
Aktives Museum)  
BLZ 100 200 00

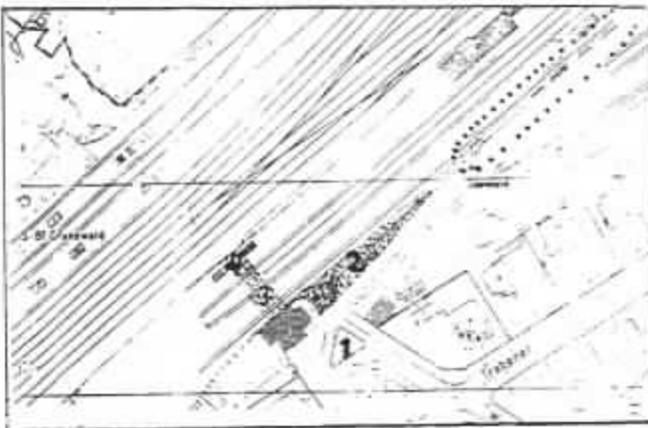
Der folgende Beitrag, den wir mit freundlicher Genehmigung des Autors und der Redaktion des "Kunst-am-Bau-INFOs" abdrucken, wurde als Referat auf dem Hearing zur Gedenkstätte Bahnhof Grunewald am 15.12.1987 in der Akademie der Künste gehalten. Obwohl wir mit der Meinung von Dieter Hoffmann - Axthelm nicht oder nur zum Teil übereinstimmen, halten wir viele der von ihm angesprochenen Punkte für bedenkenswert und diskussionswürdig - auch für die Frage des Umgangs mit dem Gestapo-Gelände - . Wir verstehen folglich die Veröffentlichung in unserem Mitgliederrundbrief als Aufforderung zur fruchtbaren Auseinandersetzung und hoffen auf möglichst große Resonanz, die wir in dem nächsten Rundbrief dokumentieren werden.

## ZUR DIALEKTIK VON HISTORISCHEM ORT UND MAHNMAL

Ich werde zum Thema in drei Punkten etwas sagen: Einmal die Erfahrungen betreffend, mit denen man bereits hierher kommt, zweitens den Zweifel, ob die Kunst an diesem Ort alles leisten kann und drittens, was am Bahnhof Grunewald der nächste Schritt sein könnte.

Zum ersten: Die Diskussion ist bestimmt durch die Konkurrenz von historischen Tatorten und Denkmälern. Wenn die Sache schon so zugespitzt ist, dann sind die historischen Orte meist sehr viel prägnanter und sehr viel genauer als die Denkmäler, die an solche Orte gesetzt werden. Dazu kommt, daß unsere Gesellschaft leidenschaftlich damit beschäftigt ist, Originalorte also solche Orte, die noch etwas von unmittelbarer Vergangenheit haben, zu beseitigen und sie zu ersetzen durch Neubau, der das, was da einmal war, neu formuliert, also bezeichnet und damit materiell zum Verschwinden bringt. Das gilt nicht nur für

die deutsche Geschichte von 1933 bis 1945, sondern für alle Vergangenheit, die man festhalten möchte, ob das die Gewöhnlichkeit eines Ortes ist oder ein alter Stein, der zu einem Denkmal gehören könnte, oder eine Stadtsituation, an der Kindheitserinnerungen hängen. Das ist der Zwang, alles, was direkt Vergangenheit sein könnte, erst einmal spurlos zu beseitigen, um dann etwas hinzusetzen, was über das redet, was man gerade eben beseitigt hat. Ich glaube, daß dies deshalb ein Nationalsport ist, weil es etwas mit unserer eigenen Geschichte zu tun hat, nämlich mit den vierzig Jahren, in denen geübt worden ist, Vergangenheit zum Verschwinden zu bringen. Und davon muß man ausgehen: Jeder Wettbewerb, den man zur Errichtung eines Denkmals erkämpft, kostet uns aller Erfahrung nach den originalen historischen Ort. Das heißt, wir werden immer in einen Handel verwickelt, bei dem wir für das Mahnmal oder Denkmal, das wir bekommen, die Gegenständlichkeit eintauschen, wo Geschichte wenigstens in Resten, in einer Ungereimtheit, in einer Schärfe, in irgendeiner Kante im Stadtbereich noch da war und zu Fragen angeregt hat. Das muß nicht immer schiefgehen, diese Dialektik von Mahnmälern und historischen Orten. Mahnmäler sind ja immer Objekte, die etwas über die Gegenwart aussagen: Sie sind immer auch Denkmäler nicht dessen, an das gedacht werden soll, sondern Denkmäler der Ideologien, mit denen das Vergangene bewältigt werden soll. Es sind also Bewältigungsdenkmal. Es sind Denkmäler, in denen unsere eigenen Strategien der Bewältigung anschaulich werden. Deswegen ist es immer gut, wenn das Errichten von Denkmälern nie so weit getrieben wird, daß die historischen Orte verschwinden. Wir haben in Berlin einen Ort, wo das einmal gut gegangen ist.



Karte des Geländes am Bahnhof Grunewald. Die nummerierten Flächen stehen für die Gedenkstätte zur Verfügung, die gepunktete Linie markiert die historischen Gleise

Ich denke an das Reichssicherheitshauptamt, wo es die Forderung der Gedenkstätte gab und auch den großen Wettbewerb bis zu einem prämierten, sehr kompakten künstlerischen Entwurf eines Gedenkortes, den es gelang zu verhindern, und im Ergebnis ist dieses berühmte Offenbleiben entstanden. Das bedeutet, daß keine der Fraktionen, die um den Ort gestritten hatten, so recht ihren Willen bekam. Es gibt heute kein Aktives Museum, es gibt auch nicht den Wiederaufbau des Barock-Palais, das der Regierende Bürgermeister haben wollte, und es gibt auch nicht das Mahnmal, das die eingeübte Bewältigungsstrategie unter dem Titel Antifaschismus haben wollte. Eigentlich sind alle unzufrieden. Aber was es gibt, ist genau das Richtige, eigentlich genau das, wovon ich immer geträumt habe: Es gibt den Ort und es gibt durch die Graberei noch mehr Spuren, als vorher da waren; es ist ein Informationspavillon aufgebaut worden, beim Aufstellen des Informationspavillons sind noch unbekannte Fundamente eines unbekanntes Gefängnistells gefunden worden; das Ganze ist provisorisch, es müßte dauerhafter gemacht werden, ohne damit aufzuhören, provisorisch zu sein. Gerade so ist es das Richtige, nämlich ein Licht auf den historischen Ort und nicht ein Mahnmal oder ein Museum oder eine Gedenkstätte, die den historischen Ort ersetzen.



Ausgrabungsarbeiten auf dem Gelände des ehemaligen Reichssicherheitshauptamtes im Herbst 1986

Zweitens: Es ist ganz verdächtig, daß immer dann, wenn es um die Bewältigung jener Vergangenheit geht, mit der wir nicht fertig werden, der der Ausrottung der Juden, daß immer dann ein unwahrscheinliches Vertrauen in die Kunst in unserer Gesellschaft ausbricht. Und Leute, die sonst nicht bereit sind, für Kunst einen Heller auszugeben, rufen nach den Wahrheiten, die nur die Kunst bergen kann, und es wird dann gar nicht mehr diskutiert, was für eine Kunst man denn haben wolle.

Kunst ist ja heute sowieso eine Sache, gegen die man kaum etwas sagen kann. Wir leben in einer Renaissance des Feuilletons und der Kunstfrömmigkeit, die ihresgleichen sucht. Und leider ist das, was uns an Kunst geliefert wird, eben wirklich "Kunst". Das heißt, mit dieser Situation ist alles, was in fünfzig Jahren Avantgarde im Versuch, vor dem Positivismus des Kunstmachens und der gesellschaftlichen Kunstforderung wegzulaufen, an Erfahrungen gesammelt und an Formen entwickelt wurde, vergessen. Es wird wieder richtig "Kunst" gemacht, um so viel wie möglich davon in den Stadtraum zu räumen, und wir haben inzwischen Stadträume, die vor lauter Kunst nicht mehr zu sehen sind. Die Dialektik von Denkmal und historischem Ort auf der politischen Ebene kehrt hier also auf der ästhetischen wieder: Daß die Wirklichkeit zum Verschwinden kommt, indem man Kunst an ihre Stelle setzt. Wie kann heute überhaupt noch Kunst gemacht werden, die nicht in diesen plumpen Positivismus des bloßen Daseins, der bloßen Befriedigung vorhandener Erwartungen hineinfällt? Die Erwartung ist ganz banal die, daß jeder Rest einer Verkehrsanlage, einer nach Methoden der 60er Jahre in den Stadtraum geschnittenen Straßenkurve danach verlangt, Kunst soll das, was dort kaputt gemacht worden ist, wieder ganz machen. Die Künstler müssen sich allein schon der Kunst wegen vor dieser Normalität, vor dieser entsetzlichen breitbeinigen Positivität von Kunst in Sicherheit bringen und das, was sie machen, gleichsam auf eine Entscheidungskante bringen, wo Kunst etwas ist zwischen dem normalen Leben und dem Verschwinden, dem was gerade noch auffällt, was gerade noch Widerspruch andeuten kann, weil es eben beim Verschwinden ist.

Die Frage ist natürlich, selbst wenn wir eine Kunst haben, die dieses Verschwinden übt, die also nicht meint, es genüge, einfach Kunst zu machen, immer noch, ob sie

mit dieser Vergangenheit wirklich etwas anfangen kann. Das muß jeder für sich selbst entscheiden. Ich müßte hier nur noch ein Bedenken in den Weg räumen: Jede Kunst, auch die avantgardistische, was immer das sein mag, ist ein Angebot an Versöhnung und an Befriedigung. Jede geglückte Kunst hat dieses Minimalangebot in sich. Das ist der gesellschaftliche Auftrag, von dem nicht abzugehen ist. Kunst an eine Stelle zu rücken, wo man meint, daß hier die Geschichte in einer noch nicht zu bewältigenden Form gegenwärtig ist, heißt immer auch - darüber muß man sich im klaren sein, man kann es wollen, aber man muß sich darüber im klaren sein - an diesem Punkt ein Minimum an Versöhnung, an Befriedigung hinzurücken. Es heißt, daß ein gesellschaftlicher Diskussionsprozeß gewollt wird, in dem die Vergangenheit eben nicht nur das ist, was uns immer wieder moralisch totschießt, sondern wo man sich getraut, darüber zu diskutieren, daß es vielleicht auch irgendwann einmal Versöhnungsprozesse geben wird. Das ist ein utopisches Moment, und nur mit reiner Verweigerung ist dieses Thema "historischer Ort und Kunst" überhaupt nicht zu bewältigen.

Drittens: Güterbahnhof Grunewald. Wenn man sich den Güterbahnhof anschaut und ihn aus eigener Benutzung her kennt, dann weiß man, daß es dort zwei ganz verschiedene Situationen gibt: Den Sonntag, an dem viele Menschen durch den Tunnel hindurch zum Grunewald gehen, und den einsamen Alltag des Bahnhofs, der von der S-Bahn und von den Interzonenzügen durchfahren wird. Diese sind die beiden konkreten gesellschaftlichen Situationen, an



die sich jede Maßnahme an diesem Ort richtet. Wer von diesen Situationen absieht und nur über die Gedenkstätte und die Vergangenheit, die Geschichte und ihre unfaßbaren Greuel redet, der redet

unrealistisch und nicht zu wirklichen Menschen. Man muß sich also überlegen, was hier überhaupt gemacht werden kann. Ist das der Ort, um ein entscheidendes Mahnmal für die vielen tausenden von ermordeten Berliner Juden aufzustellen?

Wenn man hier etwas macht, dann ist, meine ich, die oberste Forderung die der Unauffälligkeit: Eine Unauffälligkeit, die nicht dazu führt, daß der original historische Ort verschwindet, und die nicht dazu führt, daß die offenen Fragen durch ein eindeutiges Denkmal zugestellt werden.



Ich denke, daß alles, was hier passiert, mit der Situation und mit der Funktionalität der Situation arbeiten muß. Es ist ein funktionierender Güterbahnhof. Wir alle mögen die S-Bahn, die dort vorbeifährt, wir mögen auch den Tunnel und wir mögen auch den Grunewald und wollen auch weiterhin dort durchgehen. Wir wollen gleichzeitig mit dieser Realität, die wir mögen, nicht vergessen, was auf diesem Bahnhof, aber auch an anderen Stellen der Stadt, passiert ist. Das heißt, alles, was hier gemacht wird, muß sich meines Erachtens bewegen in dieser ganz charakteristischen Spannung zwischen dem normalen Funktionieren, dem Alltag, und der nicht faßbaren Ungeheuerlichkeit dessen, was dort passiert ist; und also zwischen dem nicht mehr Wahrnehmbaren: Daß es so alltäglich und so normal ist, was man macht, daß es nicht mehr wahrgenommen wird und der anderen Möglichkeit, daß es so auffällig und so positiv ist, daß es auch nicht wahrgenommen wird. Auf dieser Mittellinie muß sich das bewegen.

Von daher verbietet es sich, mit der Standortsuche aus dem Bahnhof herauszugehen. Es gibt ja einen kleinen Vorplatz, der wie gemacht ist dafür, daß man ein Denkmal darauf setzt. Damit hätten wir

auch gleich die Situation, daß das, was man dort hintut, von vornherein tot ist und ganz komfortabel übersehen werden kann. Was gemacht wird, muß damit rechnen, daß dieser Güterbahnhof umgebaut und modernisiert werden wird, jedenfalls weiter benutzt wird. Es sollte meines Erachtens etwas sein, was im idealen Falle selbst mit dieser Modernisierung Hand in Hand geht, was zum Beispiel die Rampe modernisiert, aber gerade so - obwohl das utopisch ist, weil man die Eisenbahner kennt und die damit beschäftigten Berliner Verwaltungen - , daß es kenntlich bleibt, daß es keine normale Rampe ist: Also im Modernisieren die Rampe kenntlich machen. Ich habe Arbeiten von guten Architekten und Künstlern gesehen, wo das geleistet worden ist. Es ist möglich, es ist nur utopisch im Blick auf die Beschränktheit der Verwaltungen, mit denen wir zu tun haben. Es ist also durchaus eine Lösung vorstellbar, die diese Unauffälligkeit mitbringt. Ich denke auch, daß es viel wichtiger wäre als ein Mahnmal, daß Hinweisschilder angebracht werden, die auf den ersten Blick von einem normalen Hinweisschild nicht zu unterscheiden sind, das einem sagt, in welcher Richtung es nach Friedrichstraße, nach Wannsee geht, oder Herren und Damen, wo aber plötzlich ein Text steht, den man in dieser Form nicht erwartet und der gerade deshalb, weil man ihn dort nicht erwartet, wenn man ihn liest, vielleicht beim zehnten

Mal, vielleicht beim ersten Mal, auf eine ganz andere Weise in den eigenen Alltag, in die eigenen Gedanken eindringt als das ein Mahnmal je tun könnte, weil es immer das ist, was man als ein Mahnmal kennt, nämlich etwas, was einen nichts angeht, sondern wo gute Absichten abgestellt worden sind.

Vor allem ist es wichtig, daß die Aufgabe nicht überladen wird. Es gibt viele Orte in dieser Stadt, wo der gleiche Prozeß nötig ist, in anderen Schattierungen. Jeder Ort hat seine eigene Geschichte, seine eigenen Bedingungen. Die Hauptsache ist nicht, daß da irgendein Museum hinkommt oder irgendein Denkmal oder Mahnmal oder irgendein hochinteressanter Prozeß. Die Hauptsache ist, dessen bin ich ganz sicher, diesen historischen, einmaligen Ort kenntlich zu halten. Das ist das allerschwerste, etwas in unserer Gesellschaft kenntlich zu halten. Es ist das am meisten das allgemeine Bewußtsein verletzende, sonst würde nicht soviel Energie darauf verwendet werden, jeden konkreten historischen Ort zum Verschwinden zu bringen. Deswegen sollte man da seine Energien und seine Aufmerksamkeit konzentrieren. Es sind die originalen Gleise, es ist diese Abfahrtsituation, dieser Bahnhof. Wenn man das im Auge behält, dann sind größere Ziele unnötig.

Dieter Hoffmann-Axthelm

Fotos: Jürgen Henschel (!),  
Jochen Spielmann

## DOKUMENTATION: DER AKTUELLE STAND

Die Tageszeitung,  
17.12.87, S.18

### Ein Mahnmal — aber wie?

*Hearingsteilnehmer in der Akademie der Künste fordern für eine Gedenkstätte am Bahnhof Grunewald Schutz der Gleisanlagen / Moderationsverbot für Werner Thies*

Das Hearing am Dienstagabend in der Akademie begann mit einem Eklat. Fritz Teppich, stadtbekannter Friedensaktivist, setzte gegen den SFB-Redakteur Werner Thies lautstark ein Moderationsverbot durch. Die SFB-Abendschau, so Teppich, habe in einem Beitrag über die Geschichte des Hotel Kempinsky die »Arisierungsphase vertuscht«. »Schluß mit den Höfereien«, forderten Zwischenrufer. Thies reagierte auf die Attacke unnötigerweise hilflos empört. Für den Beitrag zeichnete er weder formal noch inhaltlich verantwortlich.

Das gilt wohl auch für den (Bau-) Senat. Niemand der Teilnehmer mochte nämlich dem »Fachbeamten« Darge aus der Bauverwaltung Glauben schenken, daß der Senat sich schon immer um den Erhalt der Gleisanlagen am Bahnhof Grunewald, von dem Tausende Berliner Juden in die Vernichtungslager deportiert wurden, bemüht habe. Denn in der Ausschreibung zum Wettbewerb stehtes nicht drin. Und darum ging es der »Initiative Gleisanlagen Grunewald-Auschwitz«. Für sie steht mit dem im September ausgeschriebenen Wettbewerb die »Authentizität des historischen Ortes« auf dem Spiel. Er droht nach

fernen zukünftigen Plänen einem von der Reichsbahn genutzten zentralen Rangierbahnhof zum Opfer zu fallen. Der Historiker Dieter Hoffmann-Axthelm sah neben diesem, der »Beseitigung der Vergangenheit durch Neubau«, noch ein anderes Problem: »Jedes erkämpfte Mahnmal kostet uns aller Erfahrung nach den historischen Ort.« Er möchte ihn nicht künstlerisch versiegeln, möchte, daß das Leben weitergeht, die Menschen hingucken und »offene Fragen nicht durch eine eindeutige Denkmal zugestellt werden«. Vor allem die Künstler reagierten aufgeregt, beschworen die Gefahr, hier solle Kunst geknebelt wer-

den. Dennoch beriefen sich nicht alle aufs stille Kämmerlein. Der eine will ein Denkmal als Stolperstein, der andere ein ambulantes Denkgleis, mit Leuchtsenken und -platten auf den Bohlen. Fritz Teppich schließlich will den Fußgängertunnel mit den Namen der Hingerichteten und Deportierten ausstatten, »damit die Passanten ein Gefühl des Grauens bekommen«. Wie auch immer, die über 100 Teilnehmer forderten den Senat auf, sich in Gesprächen mit der DDR und der Reichsbahn deutlicher für den Erhalt des »jetzigen Zustandes der Gleise« einzusetzen und dies auch im Wettbewerb zu berücksichtigen. bmm

Der Senator für Verkehr und Betriebe  
- III 6 1 -  
Fernruf: 21 22 2561 - (979) 2561

Abgeordnetenhaus  
12. JAN. 1988  
3

Kleine Anfrage  
der  
Abgeordneten  
Brunhild Enkemann  
AL - Fraktion  
über

Umbau des Güterbahnhofs Grunewald

Ich frage den Senat:

1.  
a) Trifft es zu, daß Pläne für den Umbau der Gleise des Güterbahnhofs Grunewald bestehen?

b) Sind davon die Gleise unmittelbar hinter dem Abfertigungshäuschen ("Departationsgleise") betroffen?

2. Aus welchen Quellen bezieht der Senat seine Informationen über den möglichen Umbau und die zukünftigen Pläne mit den Gleisen?

3. Wird der Senat mit der Reichsbahn in Verhandlungen treten, um die Erhaltung der historischen Gleise zu erreichen?

B. Enkemann  
Brunhild Enkemann

Berlin, den 18.12.1987

Frau Abgeordnete Brunhild Enkemann (AL)

über

den Präsidenten des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei - 0 Sen -

Betreff: A n t w o r t  
auf die Kleine Anfrage Nr. 4169  
vom 18. Dezember 1987  
über  
Umbau des Güterbahnhofs Grunewald

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Kleine Anfrage wie folgt:

Zu 1.: Der Güterbahnhof Grunewald ist Betriebsbereich der Deutschen Reichsbahn. Dem Senat sind Pläne der Deutschen Reichsbahn zur Änderung der Anlagen nicht bekannt.

Zu 2. und 3.: Entfällt.

Berlin, den 4. Januar 1988

  
Wronski

### Galinski kündigt Errichtung einer Gedenkstätte Grunewald an

Die Errichtung einer Gedenkstätte auf dem ehemaligen Güterbahnhof Grunewald, von dem in der Nazizeit Transporte nach Auschwitz und in andere Vernichtungslager abgingen, hat der Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde zu Berlin, Galinski, angekündigt. Dabei solle auch ein Teil

der Gleisanlagen erhalten und in die Gedenkstätte eingebaut werden, sagte er in einem Rundfunk-Interview. Durch seine guten Kontakte zum DDR-Staatssekretär für Kirchenfragen, Klaus Gysi, habe er für die Einbeziehung der Gleise eine Zusage erhalten. Auch die DDR-Reichsbahn habe sich damit einverstanden erklärt. (dpa)

Der Tagesspiegel, 27.1.88, S.10

## GEDENKTAFEL "AKTION T 4"

Wie wir bereits im letzten Mitglieder-  
rundbrief berichten konnten, hat sich  
im Frühjahr 1987 eine Initiative gebil-  
det, die an der Stelle der ehemaligen  
Planungszentrale für die sog. "Eutha-  
nasie-Aktion T 4" auf dem Vorplatz der  
Philharmonie auf die Verbrechen auf-  
merksam machen wollten, die von die-  
sem Ort ausgingen. Der Trägerkreis  
"Mobiles Museum", in dem auch das  
AKTIVE MUSEUM sich engagierte, zeigte  
in einem umgebauten Doppeldeckerbus

eine Ausstellung und forderte, daß  
auf diesem Platz ein Gedenkstein  
aufgestellt wird, um an die Insti-  
tution zu erinnern, die von die-  
ser Stelle aus Massenmord betrieb  
und professionalisierte.

Neue Aktualität gewann diese Fra-  
ge in jüngster Zeit durch die Auf-  
stellung einer Plastik an dem Ort  
des geplanten Gedenksteins.

## Preiswerte Stahlplatten

### Senat kaufte Richard Serras Skulptur „Berlin Junction“

Der Tagesspiegel, 7.1.88, S.4

Zum Preis von 535 000 DM hat jetzt das Land  
Berlin die Skulptur „Berlin Junction“ des  
amerikanischen Bildhauers Richard Serra ge-  
kauft. Das Kunstwerk, zwei riesige gerundete  
Stahlplatten, jeweils etwa 4 mal 13 Meter groß,  
war zur Ausstellung „Der unverbrauchte Blick“  
entstanden und steht seitdem am Martin-  
Gropius-Bau in Kreuzberg. Der Preis wird in  
der Kulturverwaltung als sehr günstig bezeich-  
net. Erst kürzlich sei in New York eine  
vergleichbare Serra-Skulptur für 450 000 Dollar  
verkauft worden.

Das Geld stammt aus dem Programm „Kunst  
im Stadtraum“ der Bauverwaltung, die für eine  
Umsetzung der Skulptur auf den vorgesehenen  
Standort noch einmal etwa 100 000 DM zahlen  
muß. Verkäufer war eine von Serra beauftragte  
Galerie im Bundesgebiet.

„Berlin Junction“ soll künftig an der Philhar-  
monie stehen, neben der Bushaltestelle in der  
Tiergartenstraße. Wie berichtet, war dieser  
Standort vor einigen Monaten, besonders von  
der Geschichtswerkstatt kritisiert worden. An  
der Tiergartenstraße 4, ziemlich genau an dem  
Ort, wo die Skulptur stehen wird, befand sich  
in der NS-Zeit das Haus der „Aktion T 4“, die  
Euthanasiezentrale des faschistischen Staates.

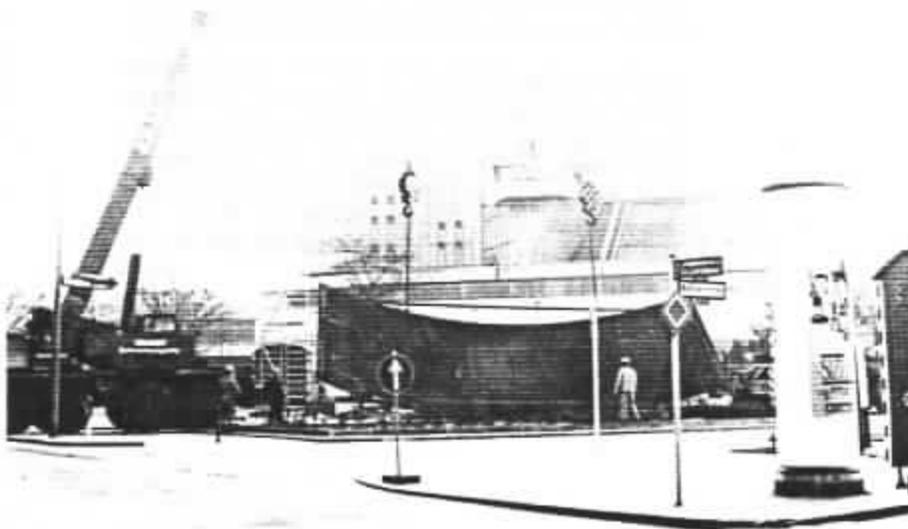
Dieser Einwand spielte bei der Standortfin-  
dung offensichtlich keine Rolle. Nach Angaben

der Kulturverwaltung tauchte die Kritik erst  
auf, nachdem Serra bereits selbst den Platz  
festgelegt hatte. Serra, der dazu auch einige  
Thesen formuliert hat, bezeichnet seine Arbeit  
als „urban“, sie müsse also in Material, Maßstab  
und Form zu Architektur, nicht zu Landschaft  
in Beziehung gesetzt werden. Beim Besuch der  
Philharmonie sei ihm die Affinität von Skulptur  
und Gebäude schlagartig deutlich geworden.  
„Berlin Junction“ spiegele durch seine konvexe  
Anlage die Syntax des Daches wie auch der  
Fassade.

Auch jetzt sieht man in der Kulturverwaltung  
keine Kollision von Skulptur und historischer  
Stätte. Der Kultursenator, so dessen Planungs-  
referent Schnelder, unterstütze die Arbeit der  
Geschichtswerkstatt, doch sei auch eine Ge-  
denktafel neben dem Kunstwerk denkbar.  
Gerade Tiergarten sei mit ähnlichen Orten  
übersät, sinnvoll seien daher Hinweise zur  
Geschichtstopographie an der zentralen Aus-  
stellung auf dem Prinz-Albrecht-Gelände.

Weiter wird daran erinnert, daß Serra erst  
kürzlich von der Jüdischen Gemeinde Amster-  
dam gebeten worden sei, eine Gedenkstätte für  
den jüdischen Widerstand zu entwerfen. Auch  
dies zeige, daß Serras Kunst einem solchen  
historischen Ort nicht grundsätzlich widerspre-  
che.

Andreas Conrad



Aufstellung der Serra-Plastik auf dem Vorplatz  
der Philharmonie

Betr.: Leserbrief zu dem Artikel:  
"Preiswerte Stahlplatten", 7.1.88, S. 4, von: Andreas Conrad.

Da ich kein Kunstexperte bin, kann ich mich zur Aussage der Serra-Skulptur und zu der Einschätzung des Preises von 535.000 DM für die zwei Stahlplatten als sehr günstig nicht äußern.  
Zum Standort und dessen Begründung durch den Planungsdezernenten des Kultursenators, Herrn Schneider, jedoch darf ich nicht schweigen!

Notwendig ist noch einmal der Hinweis auf den historischen Ort, der die Diskussion entfacht hat: Von hieraus wurden die "Euthanasie"-Morde des NS-Regimes gelenkt, durch die zwischen 1939 und 1945 schätzungsweise 200.000 Menschen durch Giftgas, mit Medikamenten oder durch gezieltes Verhungern lassen getötet wurden.  
Gerade in der aktuellen Diskussion im Bereich der Gesundheitsfürsorge und im Umgang mit Behinderten und psychisch Kranken ist eine erschreckende Affinität der Argumentationsmuster erkennbar. Als Stichworte seien genannt: die "Erlösung durch Gnadentod" oder die Debatte um "Zwangssterilisierung".

So versteht sich ein Erinnern und Gedenken an die Opfer des NS-Regimes auch als Beitrag zur sozialpolitischen Diskussion heute.

Die Skulptur von Serra ist dabei vollkommen fehl am Platz, da sie diese Aufklärungsarbeit nicht leisten will und kann.  
Grundsätzlich muß vor einer symbolischen Besetzung die politische Bildungsarbeit Vorrang haben, die aktive Auseinandersetzung mit der Geschichte - das zeigt gerade das konkrete Beispiel "T 4" - zeigt zwangsläufig Probleme der Gegenwart an. Die Ausstellung zur "T 4", die im letzten Herbst im Bus des "Mobilen Museums" vor der Philharmonie zu sehen war, ist ein richtiger und weiter zu fördernder Schritt in diese Richtung.

Bzgl. der Aussage des Planungsreferenten Schneider muß zum ersten darauf verwiesen werden, daß die in der Prinz-Albrecht-Straße ansässigen Organe und die Stelle in der Tiergartenstraße sehr unterschiedlicher Natur waren und nur peripher in Kontakt standen, von daher kann die "Topographie"-Ausstellung nicht auf die "Euthanasie" gezielt eingehen, zum zweiten ist gerade für die Vermittlung der historischen Geschehnisse an junge Menschen heute unabdingbar, die historischen Orte in Erinnerung zu rufen und zu erklären. Dies muß an den konkreten Orten geschehen und kann nicht durch zentrale Ausstellungen gelöst werden.

*Th. Lutz*

(Thomas Lutz)

Gedenkstättenreferent, auch im Namen des Vorstandes des "Aktiven Museums Faschismus und Widerstand".



#### NEUESTE MELDUNG:

Inzwischen hat Kultursenator Hassemer Serra gebeten, Überlegungen anzustellen, "wie im Zusammenhang seiner Plastik an die durch die nationalsozialistische Euthanasie-Politik belastete Adresse Tiergartenstraße 4 (T4) erinnert werden kann."

(Volksblatt, 3.2.88, S.3)

Richard Serra, der von dieser Belastung nicht unterrichtet war, hat sich dazu bereit erklärt.

## GEDENKTAFELPROGRAMM IN KREUZBERG

Seit dem Sommer 1987 wird in Kreuzberg ein "Antifaschistisches Gedenktafelprogramm" verwirklicht, das in bezug auf Form und Inhalt bisher einzigartig dasteht. Im Unterschied zu ähnlichen Initiativen, beispielsweise zu dem vom Rat der Bezirksbürgermeister beschlossenen Gedenktafelprogramm, soll es nicht nur bekannte Persönlichkeiten des Widerstands ehren, sondern exemplarisch auch auf diejenigen Kreuzberger aufmerksam machen, deren Gegenwehr gegen das Nazi-Regime bis heute nicht öffentlich beachtet wurde.



Oben rechts: Gedenktafel für Ursula Goetze am Haus Hornstr. 3, gestaltet von Christa Lustig

Oben: Gedenkstele für Wilhelm Leuschner vor dem Haus Eisenbahnstr. 5, gestaltet von Prof. Waldemar Otto

Rechts: Gedenktafel für Ernst Heilmann am Haus Brachvogelstr. 5, gestaltet von Ludmila Seefried-Matejková



Hier wohnte Ursula Goetze (1916-1943)  
Studentin und Mitglied des Kommunistischen  
Jugendverbandes. In ihrer Wohnung fanden  
geheime Treffen der antifaschistischen  
Widerstandsgruppe Schulze-Boysen/Harnack  
statt. Zusammen mit anderen Mitgliedern  
dieser Gruppe wurde sie 1942 verhaftet und  
am 5.8.1943 in Berlin-Plötzensee hingerichtet.

Um die Besonderheit jeder geehrten Persönlichkeit hervorzuheben wurde jeweils ein bildender Künstler mit der individuellen Gestaltung einer Tafel beauftragt. Monika Rummler fotografierte drei der inzwischen sechs angebrachten Tafeln für uns.



ERNST HEILMANN  
VORSITZENDER DER SPD-Fraktion  
im Preussischen Landtag und  
Mitglied des Reichstages bis 1937.  
Als Gegner des Nationalsozialismus  
wurde er 1940  
- nach dreijähriger Haft -  
im SA-Konzentrationslager ermordet.

## GEDENKTAFEL AM OTTO SUHR INSTITUT DER FU

Erinnerung an NS-Verbrechen in der Ihnestraße 22

Am 15. September 1987 wurde von einer Projektgruppe an dem FU-Gebäude Ihnestraße 22 eine Gedenktafel angebracht, um damit einen seit 1983 sich inneruniversitär hinziehenden Vorgang endlich zu einer angemessenen Entscheidung zu bringen. Spätestens seit der Veröffentlichung des Buches "Tödliche Wissenschaft" des Kölner Genetikers Prof. Benno Müller-Hill, wußte man, daß sich dort das Kaiser Wilhelm - Institut für Anthropologie, menschliche Erb- lehre und Eugenik befunden hatte, das maßgeblich an der Rassenpoli- tik des NS-Regimes beteiligt war.

Müller-Hill hatte 1985 selbst bei der FU die Anbringung einer Tafel angeregt. Sein Textvorschlag, der schließlich keine Namen und, auf die minimalsten Informationen zu- rechtgestutzt, nur noch den sehr allgemeinen Appell enthielt: "Wis- senschaft ohne Gerechtigkeit führt in den Abgrund", schien immer noch nicht akzeptabel.

Weder der Fachbereich Politische Wissenschaft (OSI) noch der Prä- sident der FU brachten es fertig, in geeigneter Weise auf diesen Vor- schlag einzugehen, gar selbst einen Text zu verfassen. Rücksichtnahme auf die in der Wissenschaftsfinan- zierung einflußreiche Max-Planck- Gesellschaft, die Rechtsnachfolge- rin der früheren Kaiser-Wilhelm- Gesellschaft, sowie auf die Deut- sche Forschungsgemeinschaft mögen in dieser heiklen historischen An- gelegenheit da schon eine Rolle ge- spielt haben, aber auch die noch immer weit verbreitete Ansicht, daß es sich hier allenfalls um einen bedauerlichen "Mißbrauch von Wis- senschaft durch die Dämonie der Politik" (von Verschuer, 1965) ge- handelt habe, der heute überwun- den sei.

Einen Tag nach der "privaten Initi- ative" der Tafelanbringung kam Be- wegung in die schon fast ad acta gelegte Geschichte.

Der Fachbereichsrat des OSI be- schloß mit knapper Mehrheit, ei- nen eigenen Text zu verfassen, da der Tafeltext der Projektgruppe auf herbe Kritik der Professoren gestoßen war. Dem FU-Präsidenten ging nun erst ein Licht auf, daß es sich hier um ein "medizinhisto- risches Problem" handele, also der Leiter des Medizinhisto- rischen Instituts, Prof. Wienau, mit der Formulierung eines wissen- schaftlich abgesicherten Textes zu beauftragen sei.

In den darauffolgenden Wochen befaßte sich der Fachbereichsrat des OSI mehrfach mit den zur De- batte stehenden harten Fakten:

In dem Haus Ihnestraße 22 befand sich von 1927 bis 1945 das Kaiser-Wilhelm-Institut für An- thropologie, menschliche Erb- lehre und Eugenik. Das zunächst als Preußisches Institut für Bevölke- rungspolitik geplante, dann aus Finanzierungsgründen der Kaiser- Wilhelm Gesellschaft eingeglie- derte Institut hatte von Anfang an eine wissenschaftliche und po- litische Aufgabe. Es sollte die menschlichen "Rassen und Rassenun- terschiede" erforschen und eine Politik der negativen und posi- tiven Fortpflanzungsauslese wissen- schaftlich fundieren.

Für das seit Ende des 19. Jahr- hunderts von Anthropologen, Eth- nologen, Medizinern, Biologen und Psychiatern interdisziplinär ent- wickelte neue Fach der "Rassenhy- giene" eröffneten sich aber erst ab 1933 die längst geforderten Möglichkeiten der Umsetzung in die praktische Politik:

Die Direktoren, Prof. Eugen Fischer (1927-1942) und Prof. Otmar Frhr.v. Verschuer (1942-1945), beide führende "Pioniere der Erb- und Rassenlehre", und ihre Mitar- beiter leisteten im Rahmen der nationalsozialistischen Rassen-

und Bevölkerungspolitik einen aktiven Beitrag zu Selektion und Mord von Minderheiten. Sie führten Lehrveranstaltungen zur Aus- und Weiterbildung von SS-Ärzten, Medizinal- und Verwaltungsbeamten durch, erstellten Rassen- und Vaterschaftsgutachten für Gerichte und das Reichssippenamt, Expertisen für gesetzliche und außer-gesetzliche Zwangssterilisatio-nen, Denkschriften zur Fortent-wicklung des rassenpolitischen Programms von Partei und Regie-rung. Sie fungierten als Gutach-ter und Berater in Regierungskom-missionen, die Gesetze vorberei-teten. Das Institut nahm auch im internationalen Wissenschaftsbe-trieb der Eugeniker und Anthro-pologen eine Spitzenstellung ein. 1935 fand in Berlin ein Interna-tionaler Kongreß für Bevölkerungs-wissenschaft über Rassenhygie-ne statt, den Eugen Fischer als Präsident leitete. Bis 1934 för-derete auch die Rockefeller Foun-dation Projekte des Instituts.

Wie eng Wissenschaft und Staat miteinander verbunden waren, zeigt sich an der Tätigkeit Dr. Joseph Mengeles für das In-

stitut. Als Schüler und Assistent des Direktors von Verschuer setz-te er ab 1943 als SS-Lagerarzt im KZ Auschwitz die von der Deutschen Forschungsgemeinschaft geförderte Zwillingsforschung mit den dort möglichen Experimenten und Me-thoden fort und lieferte dem In-stitut Blut und Organe der ermor-deten Versuchspersonen als For-schungspräparate. Auschwitz war gewissermaßen die "Außenstelle" des Instituts, wo diejenigen Men-schen zu hundertausenden umge-bracht wurden, die die deutschen Erb- und Rassenhygieniker schon Jahrzehnte zuvor als "minderwertig" eingestuft hatten. Die An-träge für Forschungsmittel der DFG und die Abschlußberichte über Mengeles Tätigkeit in Auschwitz gingen dabei 1943 und 1944 über den Schreibtisch von Prof. Sauerbruch als dem Sachverstän-digen der DFG in der Fachsparte Medizin. Auch ein Assistent des Direktors des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Biochemie, des No-belpreisträgers Prof. Butenandt, wurde zeitweilig zu den "wissen-schaftlichen" Arbeiten Mengeles in Auschwitz hinzugezogen.

In diesem Gebäude befand sich von 1927 bis 1945 das Kaiser Wilhelm-Institut für Anthropologie, menschliche Erblehre und Eugenik der Kaiser Wilhelm-Gesellschaft (heute Max Planck-Gesellschaft). Die Direktoren, Prof. Eugen Fischer (1927-1942) und Prof. Otmar v. Verschuer (1942-1945), lieferten mit ihren wissenschaftlichen Mitar-beitern das Fundament für die Rassen- und Geburtenpolitik des NS-Staates. Als Aus-bilder von SS-Ärzten und Juristen, durch Rassengutachten und Expertisen für Zwangssterilisationen, leisteten sie einen aktiven Beitrag zu Selektion und Mord von Minderheiten.

Dr. Dr. Josef Mengele, Assistent v. Verschuers, setzte ab 1943 als SS-Lagerarzt im KZ Auschwitz die von der Deutschen Forschungsgemeinschaft geförderte Zwillingsforschung mit grausamen Experimenten an Häftlingen fort und lieferte dem In-stitut Blut und Organe der ermordeten Versuchspersonen als Forschungspräparate.

Nach 1945 setzten die Täter - bis auf wenige Ausnahmen - ihre wissenschaftlichen Karrieren fort. Ihre Verbrechen blieben ungestraft. Ihre Forschungsergebnisse nutzt die medizinische Wissenschaft bis heute.

(Tafeltext der Projektgruppe)

Die Geschichte des Instituts muß noch detailliert erforscht und beschrieben werden. Die Max-Planck-Gesellschaft, die sich sonst gern auf ihre Kontinuität beruft, hat offensichtlich kein Interesse daran gehabt, diesen finsternen Teil Wissenschaftsgeschichte der NS-Zeit aufzuarbeiten. Sie gab sich mit der Schließung des Instituts im allgemeinen "Zusammenbruch" von 1945 zufrieden. Daß die Institutsmitglieder bis auf wenige Ausnahmen ungebrochen ihre akademischen Karrieren unter dem neutraleren Signum "Humangenetik" bzw. "Konstitutionsforschung" fortsetzten, reichte scheinbar aus, um die "Wertfreiheit der Wissenschaft" als auch die Unschuld der Forscher zu beweisen.

Am 13. Januar 1988 verabschiedeten sowohl der Fachbereichsrat des OSI wie der Akademische Senat

einen jeweils eigenen Text für eine neue Gedenktafel. Der Hauptstreitpunkt war der Hinweis auf die Kontinuität der Wissenschaftlerkarrieren nach 1945 und die Weiterverwendung von Daten und Ergebnissen der Zwillingforschung. Der Akademische Senat konnte sich dazu trotz vorgelegter Beweise ebenso wenig durchringen wie zu einer Nennung der Max Planck-Gesellschaft als Rechtsnachfolgerin. Vorläufig hängt noch die Tafel der Initiativgruppe. Wann sie ersetzt wird durch einen endgültigen Text, hängt von der Frage ab, wer denn das Hausrecht und damit das Recht auf Anbringung der Tafel hat, OSI oder Rektor. Wird dies auf dem üblichen deutschen Ver-

Annegret Ehmann

## Kompromiß für zwangssterilisierte NS-Opfer

*Kein Bruch mit dem nationalsozialistischen „Erbgesundheitsgesetz“ / Ächtung der Maßnahmen und Entschädigungszahlungen*

Von Klaus Hartung

Berlin (taz) — Am Mittwochabend hat im Bundestag der Justizausschuß gegen die Stimmen der Grünen „Engültiges“ zum Thema Entschädigung an zwangssterilisierten NS-Opfern beschlossen: der Bundestag soll 1. erklären, daß die „von 1933 bis 1945 durchgeführten Zwangssterilisierungen Unrecht sind“; 2. soll der Bundestag „die Maßnahme ächten“; 3. wird „Achtung und Mitgefühl“ den Opfern bezeugt; außerdem sollen die Behörden „gezielt Zwangssterilisierte auf die einmalige Entschädigung von 5.000 DM hinweisen; 4. sollen sie nach der beschlossenen Aufstockung des Entschädigungsfonds auch „laufende Leistungen“ erhalten können und das 5. „rasch und unbürokratisch“.

Um diesen Kompromiß zu begreifen, ist ein Rückblick in die Vorgeschichte dieser Entscheidung nötig. Der Justizausschuß hat wohlweislich nur die Zwangssterilisierungen für „Unrecht“ erklärt und die Ächtung „dieser Maßnahmen“ vorgeschlagen. Das Erbgesundheitsgesetz von 1933 selbst ist nicht berührt worden. Aber schon im Mai 1985 hat-

ten die Grünen die „Nichtigkeitserklärung“ dieses Gesetzes verlangt. Bei einer solchen Erklärung wären dementsprechend alle gerichtlichen Anordnungen zur Zwangssterilisierung bis 1945 als nationalsozialistisches Unrecht anerkannt und mithin die Spruchpraxis der Entschädigungsämter in den letzten Jahrzehnten aufgehoben worden. Demgegenüber forderte die SPD seinerzeit die Ächtung jenes Erbgesundheitsgesetzes, mit dem Argument, Ächtung sei ja noch viel schärfer als Nichtigkeitserklärung. Tatsächlich ist aber Ächtung kein juristischer Begriff, bricht mithin nicht rechtswirksam mit dem NS-Gesetz, sondern verurteilt es nur moralisch.

Schon am 12. September 1986 stand der Streit über Nichtigkeitserklärung oder Ächtung im Justizausschuß an. Alleines obsiegte ein CDU-Antrag, in dem Gutachten über Gutachten angefordert werden sollten. So sollte geklärt werden, ob das Erbgesundheitsgesetz überhaupt „Ausfluß NS-Gedankenguts“ sei, wie andere Länder bis heute die Zwangssterilisation regeln, „mit Einschluß der USA“, und ob es stimme, daß eine Entschädigung der Zwangssterilisierten über eine Milliarde Mark ko-

sten würde. Kurz: die zwei Motive der Verzögerung wurden explizit genannt — einmal die Kostendämpfung und zum anderen die Angst, daß eine Nichtigkeitserklärung jenes Nazi-Gesetzes Auswirkungen für geplante Regelungen zur Zwangssterilisierung bzw. für eugenische Maßnahmen haben könnte. Der CDU-Antrag wurde mit Stimmen der SPD beschlossen. Heinz Seesing (CDU), Initiator des Antrages, hatte ihn eingebracht, damit seine Partei überhaupt die Frage der Zwangssterilisierten weiter behandelt. Ein Jahr später stellte der Ausschuß fest, daß nicht einmal die Gutachten vorliegen. Ein Ministerialrat Meinerklärte, er sei in Kontakt mit dem emeritierten Psychiater Erhard, der wiederum das Erbgesundheitsgesetz für rechtstaatlich hält. Ende letzten Jahres beschloß der Ausschuß endlich, daß Gutachten nicht nötig sind. Mithin stand man wieder vor der Frage Nichtigkeitserklärung oder Ächtung. Nun rührte sich Justizstaatssekretär Kinkel mit einem langen Gutachten, wonach der Bundestag gar nicht für eine Nichtigkeitserklärung kompetent sei, sondern das Bundesverfassungsgericht. Das widersprach einer Expertise des wissenschaftlichen Dienstes

des Bundestags, wonach eine „Beseitigung nationalsozialistischen Rechts ... aus Gründen der Rechtssicherheit“ Sache des Gesetzgebers sei — laut Bundesverfassungsgericht. Der Justizausschuß verweigerte trotz energischer Attacken der grünen Abgeordneten Nickels die Diskussion. In knapp einer Stunde wurde der CDU/SPD-Kompromiß — Ächtung der „Maßnahmen“ und Entschädigungszahlungen — festgeklopft. Die Chance zum grundsätzlichen Bruch mit der NS-Gesetzgebung scheint damit vertan.

Die Tageszeitung,  
15.1.88, S.5

# KUNST - AM - BAU - INFO

Das neue Kunst am Bau INFO des BBK Berlins ist zum Schwerpunktthema "Von Gedenkstätten zu Denkmälern" erschienen. Außer dem auch in diesem Rundbrief abgedruckten Beitrag von Dieter Hoffmann-Axthelm "Zur Dialektik von historischem Ort und Mahnmal", den er in der Akademie der Künste anlässlich eines Hearings zum offenen Wettbewerb "Gedenkstätte Bahnhof Grunewald" gehalten hat, setzen sich zahlreiche Autoren aus den unterschiedlichsten Blickwinkeln mit dem Thema auseinander.

In einem Märchen der Stadt Oberall erzählt Jochen Spielmann anhand wahrer und erdachter Begebenheiten, wie sich in einer Stadt aus dem Wunsch nach Errichtung einer Gedenkstätte ein Prozeß entwickeln kann, in dem neue Wege in der Aneignung von Geschichte erprobt werden.

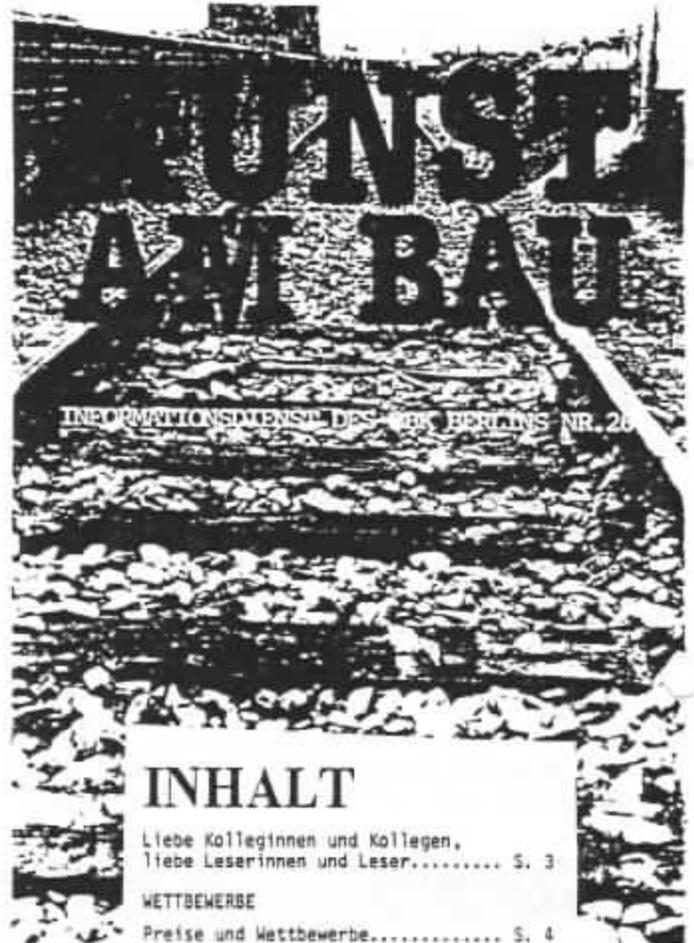
Ein anderer Beitrag des gleichen Autors - "Denk-Mal Prozesse in Hamburg" - berichtet von zwei Hamburger Mahnmälen. An zentralen Orten der Stadt entsteht am Stephansplatz das Gedenkmal von Alfred Hrdlicka und versinkt in Hamburg-Harburg das "Mahnmal gegen Faschismus, Krieg und Gewalt". Bärbel Jäschke berichtet von dem Hearing der Initiative Gleisanlagen Grunewald-Auschwitz. Wie so oft wurde dort beklagt, daß die Öffentlichkeit über den "Wettbewerb Gedenkstätte Bahnhof Grunewald" unzureichend informiert wurde und Verfolgtenverbände nicht angemessen in der Jury vertreten seien.

Der Bezirk Wilmersdorf, der den Wettbewerb mit ausgelobt hat, zeigt nicht annähernd so viel Engagement für die Bürgerinitiative, die seit langem eine angemessene Ehrung für die Künstlerkolonie fordert. "Gedenkstein-Stolperstein" heißt dann auch ein Beitrag von Almut Engelen dazu.

Über ein anspruchsvolles Vorhaben in Neukölln berichtet Dorothea Kolland. Dort wird versucht, sich in enger Zusammenarbeit mit Jugendlichen, Schulklassen, Interessierten und Künstlern der Gestaltung einer "Gedenkstätte KZ-Außenlager Sonnenallee" zu nähern.

Das Kunst am Bau INFO ist erhältlich zum Preis von 9 DM im Kunst am Bau-Büro, Köthenerstr. 44, 1000 Berlin 61, Tel. 261 1191.

Leonie Baumann



## INHALT

Liebe Kolleginnen und Kollegen,  
Liebe Leserinnen und Leser..... S. 3

### WETTBEWERBE

Preise und Wettbewerbe..... S. 4

### WETTBEWERBSEERGEBNISSE

Grundschule und Soorthalle Schönebergerstraße..... S. 5  
Kiezschule..... S.10  
Wasserobjekt Marheinekeplatz..... S.10  
Wo die U-Bahn endet, fängt die Kunst an..... S.11  
Tor zum Weg zum Ort der alten Philharmonie/Bärbel Jäschke..... S.13

### PROJEKTE UND BERICHTE

Von Gedenkstätten zu Denkmälern..... S.14  
Zur Dialektik von historischem Ort und Mahnmal/Dieter Hoffmann-Axthelm..... S.15  
Vielleicht ein Märchen - Es war einmal/Jochen Spielmann..... S.18  
Initiative Gleisanlagen Grunewald - Auschwitz/Bärbel Jäschke..... S.21  
Denkstätte KZ-Außenlager Sonnenallee Berlin Neukölln/Dorothea Kolland..... S.22  
Kreuzberger Antifaschistisches Gedenktafelprogramm/Interview..... S.25  
Gedenkstein - Stolperstein?/Almut Engelen..... S.32  
Statement der BI am Breitenbachplatz..... S.33  
Mahnmale für Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht..... S.35  
Denk-Mal-Prozesse in Hamburg/Jochen Spielmann..... S.37  
Anti Nuclear - Pro Peace - Wandbild in Auckland/Johann Bernhardt.. S.39  
Einfach künstlersozialversichert?/Hannes Schwenger..... S.41

LESERBRIEF..... S.44

### LESEZEICHEN

Kunst am/im/um den Bau in neuen Büchern/Michael Nungesser..... S.46  
Kurzmitteilungen..... S.49

ANKÜNDIGUNGEN..... S.49

Zum Tod von Hein Sinken/Stefanie Endlich..... S.50

# Gerhard Schoenberger

## Aufarbeitung der Vergangenheit

### Zwischenbilanz und Schlußfolgerungen

Nach den Einzelberichten über die Geschichte der historischen Orte und die Pläne für ihre künftige Nutzung möchte ich Ihre Aufmerksamkeit noch einmal auf die Grundfrage zurückführen, in der die Bemühungen, von denen hier die Rede ist, ihren Ursprung haben: die Frage des Umgangs mit der Vergangenheit in unserem Land. Und das meint nicht nur die Verbrennen, sondern auch das System, das sie möglich machte. Es meint aber auch das politische und das gesellschaftliche Umfeld, in dem alle diese Bemühungen stattfanden.

1. Stellen Sie sich vor, jemand würde öffentlich behaupten, die Stalinger Schlacht im Winter 1942 sei eine Zweckerfindung politischer Manipulateure, in Wahrheit habe sie nie stattgefunden, und die angeblich im Schnee verreckten Soldaten der 6. deutschen Armee säßen gesund und munter zuhause bei ihren Familien und verzehrten in Ruhe ihre Pension.

Ich nehme an, daß ein Proteststurm der Hinterbliebenen und Überlebenden dieses tragischen Dramas den Provokateur rasch zum Schweigen bringen würde, es sei denn, der Mann würde für geistesgestört erklärt. Aber eine Provokation dieser Qualität erlauben sich die sogenannten "Revisionisten" des internationalen rechtsextremen Lagers, die von Auschwitz grundsätzlich nur als Auschwitzzüge reden und in Büchern und Flugschriften ungestraft seit Jahren mit pseudowissenschaftlicher Demagogie der Öffentlichkeit weismachen wollen, der Genozid am jüdischen Volk habe nie stattgefunden und sei eine zionistisch-kommunistische Erfindung zur dauernden Versklavung des deutschen Volkes.

Stellen Sie sich vor, ein bis dahin ernstzunehmender Historiker von Namen und Ansehen würde morgen die Theorie vertreten, bei einer nüchternen, historisierenden Betrachtung der Moskauer Schauprozesse von 1936 aus dem Abstand eines halben Jahrhunderts müsse auch die Frage legitim sein, ob Stalin, als er die große Tschistka einleitete, nicht in einem Akt putativer Notwehr gehandelt habe; ob ihn nicht vielleicht die Erfahrungen der Verfolgungsjahre während der Zarenzeit, die massiven Interventionsversuche der Westmächte nach der Oktoberrevolution und die akute Bedrohung durch Hitlerdeutschland fast zwangsläufig in diese Richtung gedrängt hätten; ja ob er nicht einer vermeintlichen oder womöglich tatsächlichen, vom feindlichen Ausland gesteuerten Verschwörung gegen ihn und die Sowjermacht nur zuvorgekommen sei. Einem solchen Historiker würde man antworten, daß er mit Spekulationen dieser Art seine wissenschaftliche Reputation aufs Spiel setze und politisch fragwürdigen Positionen eine Scheinlegitimität verleihe. Aber über Hitlers Befehl zur Ausrottung des jüdischen Volkes darf einer nicht reden, und die Mehrzahl der zeitgenössischen Historiker, die sich dazu geäußert haben, nimmt ihn noch in Schutz. Die Beispiele lassen sich unsehbar fortsetzen, etwa mit der feinsinnigen Unterscheidung eines Verantwortungskollegen, der den bloßen Gesinnungsethikern des 20. Juli die Verantwortungsethiker gegenüberstellt, die den Krieg verlängern mußten bei dem aussichtslosen Versuch, Deutschland vor dem Einmarsch der Roten Armee zu bewahren. Der Leugnung des Genozids in der rechtsextremen Szene korrespondiert das augenzwinkernde Einverständnis mit ihm, wie es sich

in den zynischen und mörderischen Wäzen über Juden und Türken ausdrückt, die in Schulen und an Stammtischen erzählt werden. Die Versuche der nationalkonservativen Historiker, die Verbrennen der NS-Periode zu relativieren, und das Gesichtsbild der Deutschen zu entsorgen, um Habermas zu zitieren, finden ihre Entsprechung in den Bemühungen der Bundesregierung, den Zweiten Weltkrieg zu entnazifizieren, wie sie in dem Spektakel von Bitburg ebenso zum Ausdruck kommen wie in den Plänen für ein nationales Mahnmahl in Bonn, das Mörder und Ermordete vereint, indem es beide zu Opfern erklärt. In dieses Konzept passen auch manche öffentlichen Äußerungen prominenter Politiker aus jüngerer Zeit. An die Stelle der lange beteuerten Scham ist nun die Schamlosigkeit getreten.

Da wird das Recht, von Auschwitz nichts mehr hören zu müssen, eingeklagt und die Weigerung artikuliert, auf ewig im Schatten der Hitlerjahre zu leben. Da wird die Verdängung nach 1945 als historische Leistung gepriesen, die den Fortbestand des deutschen Volkes besichert habe, und allen, die eine fortdauernde Auseinandersetzung mit dem NS für unerlässlich halten, energischer Widerstand mit der Begründung angekündigt, sie - also wir hier zum Beispiel - wollten das deutsche Volk zukunftsünftig machen. Welche Gedanken- und Sprachverwirrung, welchen Mißverständnis, welche Demagogie.

Die Gemeinsamkeit aller dieser Erscheinungen besteht darin, daß bestimmte Argumentationsweisen vom rechtsextremen Rand sich inzwischen schon bis zur "demokratischen Mitte" durchgesetzt haben, oder - wie Prof. Alfred Grosser kürzlich in einem Fernseh-Interview feststellte - daß Postulate, die man vor einem Jahrzehnt noch ausschließlich in der boursischen National- und Soldatenzeitung lesen konnte, heute bereits in der frankfurter Allgemeinen zu finden sind. Damit ist eine neue negative Qualität in jener politischen Debatte erreicht, die seit Bestehen dieser Republik in Abständen immer wieder von neuem geführt wird.

### 11.

Die traurige Geschichte der deutschen Verdämnungsversuche seit 1945 ist den meisten von Ihnen wahrscheinlich in Erinnerung. Sie muß hier im einzelnen nicht rekapituliert werden. Stichworte genügen, um in diesem sich rhythmisch wiederholenden Prozedur das durchgängige Grundmuster zu erkennen.

Es beginnt mit der Sprache, der Wahl der Worte und der Bildung der Begriffe, die vortäterisch präzise das Denken oder auch die Gedankenlosigkeit derer widerspiegeln, die sie verwenden. So spricht man seit je von Wiedergutmachung, wenn man Entschädigung meint, redet stets von Scham statt von Verantwortung und hantiert mit der Worthölse von der Betroffenen, weil man den Schmerz, die Trauer und den Zorn, die unser Leben begleiten, noch keinen Augenblick empfunden hat. Innermündlich fordert man daher seit Jahrzehnten statt der von Adorno abgeratenen Aufarbeitung, bezweifelnd genug, eine "Besichtigung" der Vergangenheit, ohne den gewalttätigen Gestus, der diesem Begriff innewohnt, auch nur wahrzunehmenden. Tatsächlich verstand man darunter vom Anfang an nur deren abschließende Erledigung. Anderes hatte man nie im Sinne, und daran hat sich bis heute nichts geändert. So steht diese Aufgabe seit 1945 auf der Tagesordnung.

Gründe, dieser Vergangenheit auszuweichen, haben sich später immer wieder gefunden. Zuerst bewirkte die Kollektivanklage des deutschen Volkes ein ebenso kollektives Unschuldbekenntnis und eine Solidarisierung mit jenen, die es 12 Jahre lang beherrscht und irreguliert hatten. (Niemand

hatte an den Verbrechern der Nazis mitgewirkt oder auch nur ihre Herrschaft ermöglicht. Alle waren dagegen gewesen und hatten im übrigen von nichts gewußt.) Sodann waren es der Kampf ums Überleben und die Anstrengungen des Wiederaufbaus, die - so hörte man - alle Kräfte erforderten. Schließlich kam der Kalte Krieg. Man warb um die Bestiegten von gestern als Verbündete von morgen. Die Versuche einer demokratischen Umziehung wurden ebenso abgebrochen wie die Entnazifizierung. Die Wiedereinstellung ehemaliger Mitglieder der terroristischen Vereinigung NSDAP wurde vom Bundestag zum Gesetz erhoben. Und die amerikanische Besatzungsmacht verfügte die Freilassung der von ihr verurteilten Kriegsverbrecher, weil die damalige Bundesregierung ihre Zustimmung zu einem westdeutschen Mehrbeitrag an diese Vorbedingung knüpfte. Die Rückkehr der alten Fachleute, die dem NS-Staat gedient und seinen Raubkrieg vorbereitet hatten, wurde von vielen als Bestätigung des eigenen Verhaltens und als Eingeständnis verstanden, daß die Anklagen nach 1945 ungerechtfertigt waren. Wir werden wieder gebraucht, hieß die Parole des Tages.

Von da war es nicht mehr weit zu dem Vorwurf gegen die Amerikaner, daß sie mit Stalin Hitler schlugen, statt mit Hitler die Sowjetunion. Die Wiederbelebung der antikomunistischen Propaganda erlaubt es einem ganzen Volke, uneingeständene Schuldgefühle auf den neuen Feind zu projizieren und jeder ernahthaften Auseinandersetzung mit der eigenen Vergangenheit auszuweichen.

Antikommunismus und Antibolschewismus wurden wieder salonfähig, und es war unvermeidlich, daß sie ihr Pendant, den Antisemitismus, bald nach sich zogen.

Die Restauration der alten gesellschaftlichen Strukturen, die Rückkehr der Machthabern in ihre Führungspositionen und die ideologische Ausrichtung im Zeichen der Ära McCarthy machten alle Versuche eine Gewissensprüfung, einer moralischen und politischen Erneuerung vergeblich. Aber die Vergangenheit, immer wieder verdrängt und geleugnet, trat ein über das andere mal erneut zu Tage und mischte sich ein in die westdeutsche Gegenwart. Eine wirkliche Auseinandersetzung fand jedoch auch jetzt nicht statt. Selbst die verspäteten Strafprozesse, die in den letzten Jahrzehnten geführt wurden, haben wenig in der Öffentlichkeit bewirkt und die versäumte politische Aufklärung nicht nachholen können.

Die Tatsache, daß fast ausschließlich die blutigen Handlanger und Exekutoren vor Gericht standen, nicht die Schreibtischhürden, die das Verbrechen propagierten, organisierten, befahlen oder an ihm verdienten, lenkte die Aufmerksamkeit in eine falsche Richtung. Tatsächlich las man in der Berichterstattung mehr von den grauenhaften Einzelheiten, als von dem Plan und Zweck des ganzen Unternehmens. Aber nicht der Sadismus Einzelner, sondern die Entstehung des Systems, das solche Mißkührerschaft von Menschen über Menschen möglich machte, hätte das Thema sein müssen. Der SS-Staat und die Welt der Konzentrationslager, die den meisten heute unerkennbar fremd und fern erscheinen, hatten ihre Wurzeln in unserer Welt und waren ein Teil von ihr.

### III.

Wie läßt sich Vergangenheit aufarbeiten? Die Verurteilung der NS-Verbrecher durch die ordentlichen Gerichte ist nur die eine Seite. Auch sie hat nie funktioniert. Die Gründe aufzuzählen, die vielfältig sind, brauchte es ein eigenes Referat.

Die zweite selbstverständliche Forderung, auch sie hierzulande nicht durchgesetzt, lautete auf Entfernung der Spitzenfunktionäre und Verantwortlichen des Dritten Reiches aus ähnlichen Stellungen der Bundesrepublik. Daß die Tatsache, aus welchen Gründen immer einer Zachthausstrafe entgangen zu sein, noch keine Qualifikation bedeutet, in der Demokratie öffentliche Ämter auszuüben, sei es als Minister oder Richter, leuchtete den Betroffenen nicht ein. Sie leugneten frech, einer wie der andere, bis sie überführt wurden, und wichen nur dem Skandal. Die hohe Pension blieb ihnen immer.

Die dritte Forderung, auch sie unerfüllt bis heute, betrifft die westdeutsche Bevölkerung insgesamt: die Mitläufer und passiven Zuschauer, die durch Handeln oder Unterlassen die Herrschaft der anderen möglich machten und ihnen Befehlen gehorchten, aber auch die nachwachsenden Generationen, die heute in der Bundesrepublik bereits die Mehrheit bilden. Für sie wäre im Interesse der Festigung der Demokratie politische Aufklärung zu fordern gewesen und ist es noch, Kenntnisnahme der historischen Fakten und Ethelung der unbekannteren Ursachen jener allseits beklagten Folgen. Auch sie unterblieben.

Stattdessen bildete sich ein hilfloser Antifaschismus heraus, der in Wahrheit keiner ist, übte sich in Sonntagsgesprächen, in denen der Hitlerstaatsgebannt, verflucht, dämonisiert, moralisch verdammt, aber nie erklärt wurde. Vielleicht scheute man die volle, und das heißt: die konkrete Wahrheit über unsere Vergangenheit deshalb, weil von ihr ein Licht auf unsere Gegenwart fällt; weil sie Maßstäbe zu deren Beurteilung liefert, denen man sich nicht aussetzen mochte. Instinktiv wies man den Kernfragen aus, denn ihre Beantwortung hätte Konsequenzen nahegelegt, die niemand zu ziehen bereit war.

Kein Wunder, daß die junge Generation gegen die amtlich verordneten Bußübungen rebellierte und sich gegen jede Schuldzuweisung wehrte, da doch niemand ihnen sagte, worum es eigentlich ging. Dabei wären sie und vielleicht sogar ihre Eltern zu engagieren gewesen, hätte man an ihre eigenen Interessen als demokratische Bürger appelliert. Geschehen ist das nie. Deshalb stehen wir heute da, wo wir sind. Deshalb wachsen erneut Unwissenheit, Ressentiment und Haß, erscheinen die Hakenkreuze und NS-Parolen wieder.

Blickt man zurück, so scheint es, daß die wiederholten Anläufe zu einer Aufarbeitung der NS-Vergangenheit buchstäblich in Wellen verliefen, die ihren publizistischen Niederschlag jeweils in einer vorübergehenden Konjunktur des Themas auf dem Buchmarkt fanden. Der Theaterefolg des Tagebuchs der Anne Frank und die Hakenkreuzschmierereien auf jüdischen Friedhöfen Ende der fünfziger Jahre, vergeblich zunächst den Kommunisten zugeschrieben, lösten die beiden ersten dieser Wellen, die Ausstrahlung der amerikanischen Fernsehserie "Holocaust" Anfang 1979, so kritikwürdig sie war, die vorläufig letzte aus. Seither hatten es junge Wissenschaftler, die sich mit dieser Materie befassen, offenbar wieder leichter, Förderer ihrer Forschungsarbeiten und Verleger für ihre Manuskripte zu finden.

Nach den großen Gesamtdarstellungen, Übersetzungen ausländischer Standardwerke eingeschlossen, ist in den letzten Jahren eine kaum noch überschaubare Fülle von Einzeluntersuchungen erschienen. In zahlreichen Arbeiten über bestimmte soziale und berufliche Gruppen, politische Organisationen, aber auch über die Geschichte einzelner Städte und Provinzen, wurde ein Stück verschütteter Geschichte nach dem anderen freigelegt und in das Bewußtsein der Gegenwart zurückgerufen. Es ist heute schwerer geworden, über

Aktivitäten auf vielen Ebenen, die sich oft nur unter Schwierigkeiten durchsetzen können, stehen wir noch immer am Anfang. Trotz der heute viel zitierten Formel von den 6 Millionen, die nach jahrelangem Widerstand schließlich Eingang in die Umgangssprache gefunden hat, fehlt es bis heute an hinreichender Kenntnis, was sich hinter dieser Zahl verbirgt, was damals geschah, wie es geschah und warum es geschehen konnte. Gleichzeitig dient die Erwähnung des Massenmords am jüdischen Volks, der lange Zeit Tabuthema war, heute paradoxerweise schon dazu, von so vielen anderen Massenverbrechen jener Zeit zu schweigen, gerade so als habe es sich hier um den bedauerlichen Sündenfall eines im übrigen intakten und akzeptablen Regimes gehandelt.

Die mörderische Behandlung anderer ethnischer und gesellschaftlicher Randgruppen sowie jeder ernsthaften politischen Opposition tritt nur sehr langsam ins öffentliche Bewußtsein. Bei alledem steht uns die Aufarbeitung des zweiten großen Massenverbrechens, das auf der Ideologie der Herrenrasse basierte, noch bevor: die Eroberungs-, Raub- und Vernichtungspolitik gegenüber unseren slawischen Nachbarn, den Jugoslawen, den Tschechen, den Polen und den Völkern in den okkupierten Territorien der Sowjetunion. Sie kostete weitere 25 Millionen Menschen das Leben. Und auch ihr Tod war nur zu einem kleinen Teil die Folge normaler Kriegshandlungen. Die Auseinandersetzung mit diesem Kapitel, die wir bisher (in einer Art Arbeitsteilung) der DDR überlassen haben, hat noch nicht einmal begonnen.

V.

Vom Jahr zu Jahr wächst in unserem Land die Zahl derer, die fordern, endlich einen Schlußstrich unter die Vergangenheit zu ziehen. Wie lange noch? so wird mit zunehmender Dringlichkeit gefragt. Soll das denn niemals aufhören? Beim Eichmannprozeß, beim Anschwitzprozeß, bei der Ausstrahlung von "Holoocaust" zum 50. Jahrestag des 30. Januar 1983, zum 40. Jahrestag des 20. Juli 1984, zum 40. Jahrestag des 8. Mai 1985 - noch jedesmal war man sich darin einig, daß diese Ereignisse und die von ihnen ausgelösten Aktionen, so unwillkommen wie unvermeidlich, den definitiven Endpunkt einer Periode lästiger Selbstprüfungen zu bilden hätten. Jedesmal schmerzte man sich mit diesem letzten Blick zurück sollte es nun aber auch ein für allemal getan sein. Die Vergangenheit sollte diesmal gründlich bewältigt werden, endgültig und für immer. Wir wissen alle hier, daß dieser psychologisch verständliche Wunsch die Realität verfehlt, daß es so nicht funktionieren kann, daß es immer so weitergehen wird, und wir wissen, warum das so ist. Aber wir müssen auch wissen, daß sich zwischen unserer Erkenntnis der Notwendigkeiten und dem Druck großer Teile der Bevölkerung ein wachsender Graben auftun wird. Wenn wir diese Tatsache weiter ignorieren und keine Gegenstrategie entwickeln, werden wir mit allen unseren Bemühungen scheitern, und die Demokratie in der Bundesrepublik wird den Schaden haben.

Wir sollten deshalb von uns aus alles tun, um auch nur den Anschein zu vermeiden, als ginge es uns um permanente Selbstanklagen und Schuldbekentnisse, um Reue und Sühne, denn gegen solche Forderungen, die auf Dauer nur Heuchelei bewirken können und im übrigen politisch gänzlich folgenlos bleiben, würde sich die Mehrheit der Nachgeborenen mit Recht wenden. Es muß deutlich werden, daß nicht eine Herabsetzung der Deutschen als Volk gegenüber anderen Nationen das Thema ist, sondern Aufklärung im Wohl-

die Rolle der Verwaltung, der Justiz, der Medizin, der Wehrmacht, der Kirchen und der Hochschulen so leichtfertig zu reden oder so beharrlich zu schweigen, wie das noch vor einigen Jahren möglich war, weil inzwischen erdrückende Beweise für das Ausmaß der allgemeinen Mitwirkung am NS-Regime vorliegen.

Nachforschung und Spurensicherung waren auch das Ziel der zahlreichen lokalen Initiativen von Jugendgruppen, die während der letzten Jahre in mühseliger Kleinarbeit Material über die Geschichte ihres Stadtteils im Dritten Reich zusammentrugen und in bescheidenen Ausstellungen der Öffentlichkeit präsentierten. Hier dokumentierten die Nachgeborenen das Resultat ihrer Versuche, die jüngste Geschichte in die eigene Straße zurückzuholen und sie am Schicksal der Menschen, die in ihr lebten, sich und anderen besser verständlich zu machen. Dabei gelang in vielen Fällen zum ersten Mal der Dialog mit der älteren Generation, die sich ihnen gegenüber aus einem uneingestanden Gefühl der Mitschuld und des Versagens bis heute so wenig zu erklären vermochte. Die Entdeckung der Alltagsgeschichte, soweit sie Herrschaftsgeschichte nicht ignorierte, sondern um eine weitere Dimension ergänzte, eröffnete einen neuen Zugang zu einer ganzen Epoche.

IV.

Das sind Fortschritte und wir wollen sie registrieren. Diese gegen alle Widerstände fortschreitende Aufklärung über das Dritte Reich, die Aufdeckung seiner Geschichte in wissenschaftlichen Dokumentationen wie in den kleinen Ausstellungen lokaler Bürger-Initiativen und Geschichtswerkstätten, haben natürlich eine nicht weniger heftige Gegenreaktion hervorgerufen. Große Teile der westdeutschen Bevölkerung sind von diesen vielfältigen Bemühen, Wissen und Gewissen der Öffentlichkeit zu stärken und zu mobilisieren, noch immer unberührt geblieben. Viele sind, wie jede Bürgerbefragung im Fernsehen bei aktuellen Anlässen vor Ort zeigt, von ihnen verstört und reagieren mit oft feindseliger Ablehnung. Politiker, die dieses Unbehagen artikulieren und sich zu ihren Sprechern machen, können auf breite Zustimmung rechnen.

Aber die Wiedergewinnung einer nationalen Identität und die Belebung des Geschichtsbewußtseins, die heute so lautstark gefordert werden, sind nur um den Preis zu haben, daß auch das Jahrzwölft von 1933 bis 1945 nicht länger ausgeklammert und abgewiesen, sondern endlich angenommen wird, da es doch gerade seine gewaltsame Verdrängung war, die den beklagten Identitätsverlust und das gestörte Verhältnis zur Geschichte bewirkte.

Diese Aneignung einer aus dem Bewußtsein verdrängten Epoche und ihre Aufnahme in die kollektive Erinnerung ist ein langsamer, schmerzvoller und höchst widerspruchsvoller Prozeß, der die bestehenden gesellschaftlichen Konflikte und widerstreitenden politischen Positionen nur noch deutlicher herausarbeitet. Das ist in Bonn nicht anders als in den Ländern und Gemeinden. Der Streit, ob man Universitäten und Straßen nach Heinrich Heine und C.v.Ossietzky benennen, ob man rechtstradikalen Vereinigungen in städtischen Gebäuden Gastrecht gewähren, ob man auf dem Terrain ehemaliger Lager Stätten des Eingedenkens und der Aufklärung errichten oder das Gras des Vergessens wachsen lassen soll, wird noch lange nicht aufhören.

Wir sind nicht bald fertig, nähern uns keineswegs dem Ende der Auseinandersetzung mit dem NS, so sehr das auch viele hoffen. Trotz vielfältiger

verstandenen eigenen Interesse, weil diese lebensnotwendig für den Bestand unserer Demokratie ist. Daß es um die Befähigung des Bürgers geht, seine Rolle in der Gesellschaft besser zu verstehen und wahrzunehmen. Mit anderen Worten: die isolierte Darstellung der NS-Verbrechen ist eine Schocktherapie, die psychologische Widerstände auslöst, gerade weil sie nur auf Unverständnis stoßen kann, solange der Meg. unerklärt bleibt, der in diesen Abgrund führte. Zur Darstellung des NS-Staates gehören seine Vorgeschichte und seine Ursachen, gehört das gesamte politische System und seine Herrschaftstechnik, - die sich ja nicht in Terror erschöpfte, sondern in der Propaganda ein nicht weniger mächtiges Instrument hatte -, gehören auch die populistischen Züge des Regimes, seine Anziehungskraft auf breite Schichten der Bevölkerung und seine Fähigkeit, erfolgreich an deren Vorurteile, Munchvorstellungen und sozialpsychologischen Bedürfnisse anzuknüpfen.

Es geht darum, die immanente Logik eines wahnhaften Systems ebenso aufzudecken wie die dahinter stehenden sehr handfesten Geschäfte, und zu erklären, was erklärbar ist, auch wenn Unberechenbarkeiten bleiben, vor denen man nur verstummen kann.

Es geht auch um ein Lehrstück darüber, wie man die Bevölkerung eines Landes dazu bringen kann, gegen ihre eigenen Interessen zu handeln. Eine solche Lektion könnte mit Aufmerksamkeit rechnen, weil sie von den Lebenserfahrungen der Menschen ausgeht. Aber diese Aufklärung wird nirgends angeboten.

Vielleicht ist das nicht der unwichtigste Grund, warum den Nachgeborenen, die inzwischen herangewachsen sind, die Nazijahre so fern scheinen wie ein anderes Jahrhundert. Da die Schuldfrage sie nicht betrifft und Analysen ihnen nicht vermittelt werden, können viele den Sinn der immer erneuten Rückwendung ins Gestrüch nicht einsehen und ihre Verantwortung; als Erben auch dieses Kapitel unserer nationalen Geschichte nicht annehmen, genauso wenig wie ihre Väter und Großväter.

Man kann lange darüber streiten, ob in den Schulen und in den Medien zu wenig getan wurde oder nicht manchmal auch das Gute zuviel. Unzweifelhaft scheint, daß auch von Wohlmeinenden vieles didaktisch, jedenfalls gründlich falsch gemacht worden sein muß, wenn die Resultate, wie man sieht, so häufig kontraproduktiv sind. Darüber muß gesprochen werden.

Wir müssen es durch unsere Praxis ganz klar machen: Nicht selbstzerstörerischer Masochismus läßt uns immer wieder in jene Vergangenheit zurückkehren, die viele so gern vergessen möchten, sondern die Sorge um die demokratische Zukunft dieses Landes und die innere Verfassung, in der seine Bevölkerung künftig leben wird. Nur wenn ihre Lehren verstanden werden, wenn sie als konstitutives Element unserer Gegenwart begriffen wird, können wir die Vergangenheit im heilsamen Doppelsinn des Wortes aufheben. Nur wenn wir sie, die nicht ungeschehen zu machen ist, als Erfahrung in unserem Bewußtsein besitzen, werden wir eine Politik entwickeln können, die eine Fortsetzung des geschichtlichen Irrwegs der deutschen Nation und eine Wiederkehr der Schrecken der Vergangenheit ausschließt.

Vortrag in der Evangelischen Akademie Berlin am 24. Januar 1987

Gerhard Schoenberger

Nachdruck in der Frankfurter Rundschau  
Dokumentation S. 10/11 am 26.11.87, Nr. 27

## Tausende neuer NS-Verfahren UN-Akten lösen Welle von Ermittlungen wegen Mordes aus

LUDWIGSBURG, 29. Dezember (dpa). In der Bundesrepublik haben noch zahlreiche wegen NS-Verbrechen Beschuldigte in den kommenden Jahren mit Strafverfahren zu rechnen. Dazu zähle auch „der eine oder andere Prominente“ aus Politik und Wirtschaft, sagte der Leiter der Ludwigsburger Zentralstelle zur Aufklärung von NS-Verbrechen, Oberstaatsanwalt Alfred Streim, am Dienstag in einem Gespräch mit der Deutschen Presse-Agentur. Ermittlungsverfahren gegen annähernd 4500 Bundesbürger gäben die Ludwigsburger Fahnder demnächst an die zuständigen Staatsanwaltschaften ab. Der Tatvorwurf laute ausnahmslos auf Mord.

Die neue Welle von Ermittlungsverfahren sei möglich geworden, nachdem die UN im Herbst 1986 der Zentralstelle Fahndungslisten mit rund 30 000 Namen überlassen hatten, darunter allerdings auch die von Zeugen. Neue NS-Großprozesse nach Art des Majdanek-Verfahrens sind laut Streim jedoch „nicht drin“. Die zahlreichen „Kommandoebenen“ und Einheiten von NSDAP, SS, Gestapo und Wehrmacht seien von der Zentralstelle seit 1958 systematisch untersucht worden und „dürften abgegrast sein“. Es gehe jetzt im wesentlichen um „Exzeß-Taten“ deutscher Gendarmerieposten in Polen und Frankreich.

Der Oberstaatsanwalt rechnet nur für einen Bruchteil der Ermittlungsverfahren damit, daß es zur Anklageerhebung und Eröffnung eines Hauptverfahrens kommt. Zahlreiche Beschuldigte seien über 80 Jahre alt und könnten sich - wie frühere Prozesse gezeigt hätten - mit medizinischen Gutachten erfolgreich einem Hauptverfahren entziehen. Von vielen sei überdies nicht klar, ob sie noch lebten und an welchem Ort. Ohne Namen zu nennen, fügte Streim hinzu, bei den „prominenten“ Beschuldigten werde es „kaum Überraschungen“ geben: Sie seien „alle schon mal aufgefallen“.

mit FRANKFURT A. M. Auf die besondere Bedeutung des kommenden Jahres für die Juden weist Heinz Galinski, Vorsitzender der Jüdischen Gemeinde Berlin, hin: 40 Jahre zuvor wurde der Staat Israel gegründet, 45 Jahre sind dann seit dem Aufstand im Warschauer Getto vergangen und vor 50 Jahren, am 9. November 1938, mußten die deutschen Juden die Pogrome der sogenannten Reichskristallnacht erdulden.

In einer Erklärung zum Jahreswechsel betonte Galinski, daß zwischen diesen drei Jahrestagen ein „tiefer innerer Zusammenhang“ bestehe. Die Erinnerung an diese Ereignisse solle Anlaß sein, sich darüber Gedanken zu machen, wie

die Verfolgung und Diskriminierung der Juden in Zukunft verhindert werden könne. Es gehe ihm nicht darum, so Galinski weiter, „Ressentiments heraufzubeschwören oder Gefühle des Hasses zu schüren“.

Der Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde warnte weiterhin vor neonazistischen Tendenzen besonders bei jungen Leuten. Es sei von „überragender Bedeutung, mit welcher Intensität und mit welchem Nachklang unsere Botschaft die junge Generation in diesem Lande erreicht“. Nur im Miteinander von Eltern,

Lehrern und Schülern ließen sich „derartige Haltungen“ bekämpfen. „In den alarmierenden Fällen der Verirrung junger Menschen“, so Galinski, „wird unsere Verpflichtung akut“.

Galinski wandte sich ferner gegen „Gleichgültigkeit und Verdrossenheit“ und appellierte, daß die „Verdrossenheit, die wir in vielen bedauerlichen Vorkommnissen des vergangenen Jahres zu beklagen hatten“ nicht zum Vorwand werden dürfe, „die Demokratie insgesamt zu verdammen“.

1987="B 750", 1988="E 88", 1989= ?

Überlegungen zur Planung für 1989

Nachdem "B 750" überstanden und "E 88" angelaufen ist, sollten wir uns nun rechtzeitig Gedanken darüber machen, wie von unserer Seite aus das Jahr 1989 mit seinen verschiedenen historischen Daten angemessen vorbereitet werden kann. Denn gerade 1989 häufen sich Jahrestage, von denen anzunehmen ist, daß sie von Senatsseite - nicht nur wegen der "Feiermüdigkeit" - nicht beachtet werden:

- 1989 = 200 Jahre Französische Revolution von 1789
- = 75 Jahre Beginn des Ersten Weltkrieges
- = 70 Jahre Revolution 1918/19 und Ermordung Luxemburgs und Liebnechts
- = 50 Jahre Beginn des Zweiten Weltkrieges
- = 40 Jahre Gründung zweier deutscher Staaten

Im November 1987 hatte Hilde Schramm (AL) zu einem ersten Gespräch eingeladen, um Ideen, Konzepte und Planungen zu diesen historischen Daten zusammenzutragen. Für drei Projekte sind die Vorbereitungen bereits angelaufen: Eine Ausstellung "Kunst und Krieg" der Neuen Gesellschaft für Bildende Kunst, eine Ausstellung "August 1914" der Berliner Geschichtswerkstatt und eine Ausstellung "Revolution 1918/19 in zeit-



Mahnmal für Rosa Luxemburg am Landwehrkanal



Karl Liebknechts Mahnmal am Neuen See im Tiergarten

genössischen Fotografien" von Diethart Kerbs.

Die ersten bei diesem Treffen gesammelten Vorschläge reichten von Themen zu den Parolen der Französischen Revolution bis hin zu utopischen Szenen zum Thema "1949-1989-2029" und der Frage nach möglichen Veränderungen des deutsch-deutschen Verhältnisses.

Für das AKTIVE MUSEUM wird die Auseinandersetzung mit dem Jahrestag des Kriegsbeginns 1939 und seinen Folgen im Mittelpunkt stehen. Vorgeschlagen wurde hier unter anderem ein Veranstaltungsprogramm im September 1989 mit Ausstellungen, Vorträgen und Veranstaltungen zum Thema Faschismus und Krieg. Zum Thema Sozialgeschichte der NS-Zeit sollen Historiker aus der DDR und West-Berlin eingeladen werden, die Vorträge könnten sowohl hier wie dort gehalten werden.

Weitere Projekte könnten sich mit Fragen wie "Militarisierung des Alltags", "Geschlecht und Militär", "Kulturelle Kriegsvorbereitung", "Verdrängungskultur im Krieg", "Hitler-Stalin-Pakt" u.a. beschäftigen.

Diese Ideensammlung versteht sich als erste Anregung zum Nachdenken innerhalb der verschiedenen Initiativen und Organisationen. Wir sollten uns jedoch bereits jetzt konkretere Gedanken darüber machen, da die Erfahrungen gezeigt haben, daß wir möglichst frühzeitig mit konkreten Projekten Mittel beim Senat beantragen müssen.

Wir sollten daher im AKTIVEN MUSEUM eine Arbeitsgruppe einrichten, die sich hierzu Gedanken macht. Der Berliner Kulturrat wurde aufgefordert, ähnlich wie bei den Projekten zu 1933 die Koordination zu übernehmen.

Christine Fischer-Defoy

Fotos: Leonie Baumann

I N H A L T

T E R M I N E

Vorwort S. 1  
 Grußadresse S. 2  
 Zur Dialektik von historischem Ort und Mahnmahl S. 3  
 Dokumentation: Der aktuelle Stand in Sachen Gedenkstätte Bahnhof Grunewald S. 6  
 Gedenktafel "Aktion T 4" S. 8  
 Gedenktafelprogramm in Kreuzberg S. 10  
 Gedenktafel am Otto-Suhr-Institut der FU S. 11  
 Kompromiß für zwangssterilisierte NS-Opfer S. 13  
 Kunst-am-Bau-INFO S. 14  
 Aufarbeitung der Vergangenheit - Zwischenbilanz und Schlußfolgerungen S. 15  
 Überlegungen und Planungen für 1989 S. 19  
 Inhalt/Termine S. 20

Die Arbeitsgruppe: "Weitere Konzepte zum Umgang mit dem Gestapogelände" trifft sich voraussichtlich am

Montag, dem 22.2.88  
um 18 Uhr in der  
Köthener Str. 44.

(Sicherheitshalber bitte im Büro anrufen!)

VORTRAG von

M. Zimmermann und M. Brumlik

über die nationalsozialistische Verfolgungspolitik gegenüber Sinti und Roma sowie die Verfolgungserfahrung und nachwirkende Traumatisierung am

Mittwoch, dem 24.2.88  
um 20 Uhr im Kinosaal  
des Martin-Gropius-Baus,  
Stresemannstr.110

(vgl. Beilage)

Redaktionsschluß für die nächste Ausgabe des Mitglieder-rundbriefs ist am

25.3.88.

Wir bitten um möglichst viele Beiträge sowie Veranstaltungshinweise, die wir unter dieser Rubrik ankündigen werden.

Impressum:

Fotos: Jürgen Henschel, Jochen Spielmann, Klaus Döring, Monika Rummler, Leonie Baumann

Auflage: 180

V.i.S.d.P.: Bärbel Jäschke

Hrsg.: AKTIVES MUSEUM FASCHISMUS  
UND WIDERSTAND IN BERLIN  
e.V.  
Köthener Str.44  
1000 Berlin 61



Wohin damit?

Zeichnung: Schoenfeld

Der Tagesspiegel, 26.8.87, S.3